

Pressetext

Ursula Engelen-Kefer

Gute Arbeit-Soziales Europa

DGB Kundgebung, 1. Mai 2014, Oldenburg

Wenige Wochen vor den Europawahlen steckt die Europäische Union in ihrer größten Zerreißprobe. Die rigorose Kürzungspolitik spaltet die Gesellschaft in Deutschland und Europa, verschärft Arbeitslosigkeit und Elend, gefährdet die Europäische Integration und die Demokratie. Gleichzeitig erstarken nationalistische Gruppierungen, die aus ihrer Europafeindlichkeit, Rassismus und Hetze keinen Hehl machen.

„Was die Neoliberalen in jahrzehntelanger politischer Wühlarbeit gegen den Sozialstaat nicht geschafft haben, erledigt jetzt die Finanzbranche mit willfährigen Regierungen im Handstreich. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Dragi, hat es auf den Punkt gebracht. Der Sozialstaat in Europa hat keine Zukunft.“

Die Weichen in der Europäischen Politik müssen umgestellt werden. „Systemrelevanz“ für politisches Handeln haben die 500 Mill. Menschen in der EU und nicht die maroden Banken, ihre Gläubiger und Top Manager. Es ist daher ein Skandal: Für die Bekämpfung der dramatischen Arbeits- und Perspektivlosigkeit von 5,6 Mill. junger Menschen in Europa werden in den nächsten beiden Jahren gerade einmal zwischen 6 und 8 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig müssen die Steuerzahler die finanzielle Haftung für die Verluste aus den verantwortungslosen Geschäften der Banken mit hunderten von Milliarden Euro tragen. Die Agenda 2010 ist weder ein Rezept für Deutschland noch für die Krisenpolitik in der EU.

In der Bundesrepublik ist eine spürbare Verringerung der Arbeitslosigkeit erreicht worden- aber um einen bitteren Preis für viele Menschen. Die Spaltung der Gesellschaft schreitet voran. Seither sind Niedriglöhne, Langzeitarbeitslosigkeit, Armut bei Arbeit und im Alter, sowie massive Missbräuche bei Leiharbeit, Werkverträgen und Schein Selbständigkeiten an der Tagesordnung. Die Explosion auf 7,4 Mill. Minijobs ist ein wesentlicher Grund für die anhaltend hohe Lohnlücke für Frauen von 22 Prozent. In den südeuropäischen Krisenländern liegt die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit junger Menschen gerade darin begründet, dass sie infolge unsicherer Beschäftigung mit Niedriglöhnen und ohne soziale Sicherheit als erste Opfer der wirtschaftlichen Einbrüche in Folge der rigorosen Kürzungspolitik der „Troika“ aus EU Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds sind. Eine „Agenda Politik“ würde sie noch weiter in die Spirale nach unten treiben.

Dringend erforderlich ist eine „Reregulierung“ auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und Europa. Dazu gehören in der EU Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Um Frauen aus der Hartz IV Falle sowie Armut bei Arbeit und im Alter zu befreien, müssen die Minijobs durch reguläre Voll- und Teilzeitarbeit mit fairen Löhnen und sozialer Sicherheit ersetzt werden. Die ist eine wesentliche Ergänzung zu Frauenquoten, Antidiskriminierungs- und Entgeltgleichheitsgesetzen sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit der Einführung eines einheitlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro in der Stunde und tariflichen Mindestlöhnen in allen Wirtschaftsbranchen hat die Bundesregierung eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Allerdings sind die vorgesehenen Ausnahmen von Jugendlichen bis 18 Jahren und Langzeitarbeitslosen mit aller Entschiedenheit abzuwehren. Es darf nicht zur Fortsetzung von

Arbeitnehmern zweiter und dritter Klasse kommen. Arbeitgeber dürfen nicht erneut durch gesetzliche Schleusenöffnung geradezu eingeladen werden, dem Mindestlohn auszuweichen. Trickserei und Augenwischerei der Politik müssen endlich ein Ende haben. Deshalb ist der einheitliche gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro –wie zugesagt- ab 2015 und nicht erst ab 2017 einzuführen. Dann ist er nur noch weniger als 8 Euro wert. Und 8,50 Euro sind schon niedrig genug; dies reicht vielfach noch nicht einmal aus, Arbeitnehmer aus der Hartz IV Falle zu befreien.

Erforderlich sind umfassende „Marshallpläne“ für wirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung. Dies darf nicht durch die rigorosen Schuldenbremsen des EU Fiskalpaktes mit der zusätzlichen Einbeziehung von Sozialversicherungen und Kommunen gefährdet werden. Die bereits eingeleiteten Raubzüge des Bundesfinanzministers bei den Sozialen Sicherungssystemen- allen voran der Bundesagentur für Arbeit- aber auch der Renten- und Krankenversicherung müssen beendet und wieder rückgängig gemacht werden.

Der seit Jahren erfolgende Niedergang bei kommunalen Investitionen für Wohnungsbau, Daseinsvorsorge, Erziehung und Bildung sowie Infrastruktur darf unter dem Spardiktat der Schuldenbremse nicht fortgeführt werden. Diese kommunalen Investitionen und Leistungen sind erheblich zu stärken. Ebenso dürfen EU Fiskalpakt und Schuldenbremsen nicht missbraucht werden, die kommunalen Leistungen für Menschen mit Behinderungen und sozialer Schwäche weiter einzuschränken. Gemäß unserer Verpflichtung aus der UN Behindertenrechtskonvention zur Inklusion in Arbeit und Gesellschaft sind sie erheblich auszuweiten.

„Perspektiven für die Menschen in Europa schaffen“ muss ganz oben auf der Agenda der europäischen Politik stehe